

UNIVERSITÄT GREIFSWALD

Studierendenschaft



Wissen
lockt.
Seit 1456

Allgemeiner Studierendenausschuss, Friedrich-Loeffler-Straße 28, 17487 Greifswald

Allgemeiner Studierendenausschuss

An die Mitglieder der Studierendenschaft,

AStA-Referat für Hochschul- und
Innenpolitik

Bennet Buchholz
Referent

Telefon: +49 3834 420 1750
asta_hopo@uni-greifswald.de

Az.
AStA-Referat für Hochschul- und
Innenpolitik

Bearb.
Bennet Buchholz

Datum
05. Juni 2023

Liebe Studierende,

hiermit seid ihr herzlich zur Vollversammlung der Studierendenschaft

**am 13. Juni 2023
um 14:00 Uhr c.t.
im Hörsaal 3/4
Ernst-Lohemyer-Platz 6**

eingeladen.

Vorläufige Tagesordnung:

TOP1: Begrüßung

TOP2: Formalia

TOP3: Fragen und Anregungen aus der Studierendenschaft

TOP4: Antrag „Ja zu Solidarität!“

TOP5: Antrag „Ja zur Solidarität, Nein zum Populismus“

TOP6: Antrag „Studentische Wohnungsnot konsequent bekämpfen!“

TOP7: Antrag „Bessere Ausfinanzierung der Studierendenwerke“

TOP8: Antrag „Gegen Ausgrenzung von Studierenden!“

TOP9: Antrag „Finanzielle Förderung von Exkursionsleistungen“

TOP10: Antrag „Chancengleichheit für alle Sportler*innen!“

TOP11: Antrag „Arbeitsgruppe biologische Station Hiddensee“

TOP12: Antrag „Flexibles Lernen ermöglichen“

TOP13: Antrag „Leere Seminarräume nutzen – Gruppenarbeiten fördern“

TOP14: Antrag „Sonnenschirme vor der Mensa“

TOP15: Antrag: „Ausweitung des Angebots veganer Mahlzeiten in Mensen“

TOP16: Antrag „Mehr Auswahl für die veganen Gerichte der Mensa“

TOP17: Antrag „Vegane Snacks für die Grundversorgung“

TOP18: Antrag „Ein kleiner Schritt für einen Kaffeeautomaten, ein großer Schritt für die Studierendenschaft“

TOP19: Antrag „Verkürzung der Prüfungsrücktrittsfristen für schriftliche sowie mündlichen Prüfungen und Hausarbeiten“

TOP20: Sonstiges

TOP1: Begrüßung

Alle sagen sich Hallo, das Tagungspräsidium stellt sich vor.

TOP2: Formalia

Es wird festgestellt, wie viele Stimmberechtigte anwesend sind und ob die Vollversammlung beschlussfähig ist. Danach wird die Tagesordnung gegebenenfalls angepasst und beschlossen.

TOP3: Fragen und Anregungen aus der Studierendenschaft

Hier habt ihr die Möglichkeit, euch mit Fragen und Anregungen an den AStA- die StuPa-Mitglieder oder die Studierendenschaft allgemein zu wenden und mit ihnen auszutauschen.

TOP4: Antrag „Ja zu Solidarität!“

Antragsteller*innen Marie Kamischke, Emil Oberbach, Sophie Tieding, Enno Krüger, Annabel Bustorf, Lukas Voigt

Antragstext Am 18.06.2023 findet ein Bürger*innenentscheid in Greifswald statt. Abgestimmt wird über folgende Frage: „Sind Sie dafür, dass im Eigentum der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stehende Grundstücke zwecks Errichtung von Containerdörfern zur Unterbringung von Geflüchteten an den Landkreis Vorpommern-Greifswald verpachtet werden?“. Die Studierendenschaft spricht sich dafür aus, dass der Allgemeine Studierendenausschuss öffentlich Werbung dafür macht in dieser Frage mit „Ja“ zu stimmen.

Begründung Nach der momentanen Beschlusslage der Bürgerschaft Greifswald, ist die Stadt dazu verpflichtet Geflüchtete dezentral unterzubringen, genauer gesagt in Wohnungen. Da in Greifswald sowieso schon ein recht angespannter Wohnungsmarkt herrscht, ist dies kaum möglich. Daher soll die Stadt dem Landkreis Flächen für Unterkünfte in Modulbauweise oder aber für die sogenannten „Containerdörfer“ zur Verfügung stellen. Würden bei dem Bürger*innenentscheid die Nein-Stimmen eine erforderliche Mehrheit haben, wäre diese zweite Option, also besagte Containerunterkünfte, nicht mehr möglich. Der Landkreis müsste also statt städtischen Flächen Privatflächen pachten, oder aber Sporthallen für die Unterbringung nutzen. Insbesondere diese Lösung würde eine erhebliche Belastung darstellen. Für die Geflüchteten bedeutet dies einen kompletten Verlust von Privatsphäre und persönlichen Rückzugsräumen. Die Sportvereine und ihre Mitglieder würden ihre Programme verlegen, verringern oder sogar absagen müssen.

Zudem gilt, sowohl für die Unterbringung in Containern auf privaten Flächen als auch für die in Sporthallen gibt es nur spärliche Integrationsmöglichkeiten, die Teilnahmemöglichkeiten von Geflüchteten am gesellschaftlichen Leben würde daher stark beeinträchtigt werden.

Ein Sieg der "Nein" Stimmen würde also nicht nur eine deutlich schlechtere Unterbringung für Geflüchtete bedeuten, sondern auch einen erheblichen Einschnitt in die städtische Kultur und Sportwelt.

Aus diesen Gründen kommen selbst Kreis- und Stadtverwaltung zu der Empfehlung am 18.06. mit "Ja" zu stimmen.

TOP5: Antrag „Ja zur Solidarität, Nein zum Populismus“

Antragsteller*innen Jonathan Pritzlaff, Pauline Altendorf, Henriette Held, Henry James Heinrich

Antragstext Die Vollversammlung möge beschließen:
dass sich die Studierendenschaft der Universität Greifswald in Bezug auf den Greifswalder Bürgerentscheid am 18. Juni 2023 zugunsten einer Stimmabgabe mit einem „Ja“ ausspricht.

Begründung Die Nein-Kampagne des Greifswalder Bürgerentscheids ist geprägt von populistischen Forderungen und lässt eine sachliche Argumentation in Teilen vermissen. Während bspw. die Belegung von Sporthallen für die Unterbringung von Geflüchteten in der Nein-Kampagne zwar verweigert wird, wird gleichzeitig verschwiegen, dass ein absolutes Ausschließen von temporären Containerunterkünften die Wahrscheinlichkeit zur Nutzung von Sporthallen als Unterkünfte erheblich erhöht.
Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald hat am 27. März 2023 bereits beschlossen, dass eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten grundsätzlich erstrangig ist. Eine Unterbringung Geflüchteter bspw. in Wohnungen hat somit Vorrang vor der Unterbringung in Sammelunterkünften wie sog. Containerdörfern oder Sporthallen. Die Unterbringung in Sammelunterkünften wird somit auch seitens der Stadt nur als Notlösung betrachtet. Sollte eine dezentrale Unterbringung aufgrund von Kapazitätsmangel jedoch nicht für alle Geflüchteten möglich sein, muss vorübergehend auf Sammelunterkünfte zurückgegriffen werden. Wenn hier keine sog. Containerdörfer als Option zur Verfügung stehen, ist eine Unterbringung in Sporthallen unausweichlich. Der Schul- und Vereinssport der Stadt würde damit erheblich eingeschränkt.
Mit einer Positionierung zugunsten der Stimmabgabe mit einem Ja kann die Studierendenschaft sich klar gegen populistische Stimmungsmache und für Solidarität und Pragmatismus aussprechen. Gleichzeitig dient sie als Aufruf, am Bürgerentscheid teilzunehmen.

TOP6: Antrag „Studentische Wohnungsnot konsequent bekämpfen!“

Antragsteller*innen	Marie Kamischke, Henry Weede, Christiane Kiesow, Hannes Thoms, Annabel Bustorf, Emil Oberbach, Sophie Tieding, Enno Krüger,
Antragstext	Die Vollversammlung der Studierendenschaft möge beschließen: Die Studierendenschaft appelliert an die Universitäts- und Hansestadt Greifswald, konsequenter die Wohnungsnot von Studierenden zu bekämpfen. Hierfür soll die Stadt mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Ebenfalls ruft die Studierendenschaft das Land Mecklenburg-Vorpommern auf, die Studierendenwerke stärker zu bezuschussen und mindestens ein weiteres Wohnheim in Greifswald zu schaffen.
Begründung	Die Wohnungssituation in Greifswald ist angespannt. Studierende sehen sich regelmäßig zu Semesterbeginn dazu gezwungen, auf zunächst unbegrenzte Zeit in Jugendherbergen, Pensionen, auf Campingplätzen oder der Couch Unbekannter zu übernachten. Teilweise suchen sie sich Wohnungen außerhalb Greifswalds und sind dahingehend täglich mit langen Anfahrtszeiten zur Uni konfrontiert. Diese Situation erschwert es in Greifswald zu studieren und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Insbesondere die Wohnungen des Studierendenwerkes bieten einkommensschwachen und internationalen Studierenden eine Anlaufstelle in Greifswald und eine Teilhabe am städtischen Leben. Will der Uni-Standort Greifswald weiterhin attraktiv für Studierende bleiben, muss die Wohnraumsituation für diese verbessert werden.

TOP7: Antrag „Bessere Ausfinanzierung der Studierendenwerke“

Antragsteller*innen	Emil Oberbach, Christiane Kiesow, Marie Kamischke, Henry Weede, Annabel Bustorf, Enno Krüger, Lukas Voigt
Antragstext	Die Vollversammlung der Studierendenschaft möge beschließen: Die Studierendenschaft der Universität Greifswald fordert eine bessere Ausfinanzierung der Studierendenwerke seitens des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die Studierendenschaft unterstützt das Studierendenwerk in Forderungen hinsichtlich besserer Finanzierung.
Begründung	Die Studierendenwerke werden durch das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht ausreichend ausfinanziert. Dies machte insbesondere das vergangene Jahr deutlich. Trotz finanziellen Sonderzahlungen des Landes mussten gestiegene Betriebskosten auf Studierende umgelagert werden. Aus diesem Grund ist es im Sinne der Studierendenschaft eine bessere Finanzierung der Studierendenwerke zu fordern sowie sich mit der finanziellen Lage des Studierendenwerks zu solidarisieren.

TOP8: Antrag „Gegen Ausgrenzung von Studierenden!“

Antragsteller*innen Viktoria Izabel Ortiz de Rozas de Oliveira, Mercedes Spiering, Charlotte Paul, Julia Sandner

Antragstext Die Vollversammlung möge beschließen, dass das Studierendenparlament dazu aufgefordert wird, den am 25. April 2023 durch das StuPa verabschiedeten Beschluss: „Orte studentischer Veranstaltungen“ (Beschluss-Nr. 2023-33/18) aufzuheben. Weiterhin spricht sich die Studierendenschaft gegen die Diskriminierung von Studentenverbindungen und den dort partizipierenden Studierenden aus. Die Fachschaften und alle übrigen Organe und Mitglieder der Studierendenschaft sollen auch künftig die Entscheidung selbst treffen, wo ihre Veranstaltungen stattfinden, ohne, dass das Studierendenparlament dazu Vorgaben macht.

Begründung Der im StuPa verabschiedete Antrag sorgte für Erregung und Missverständnis. Studentenverbindungen und ihre Mitglieder sind ebenfalls Teil des universitären Lebens in Greifswald. Sie und ihre Mitglieder sollten nicht ausgegrenzt werden. Zudem besagt das Landeshochschulgesetz (LHG-MV) § 25 (4), dass Fachschaften nicht der Weisungen des StuPas unterliegen. In Anbetracht der Tatsache, dass unter der verfassten Studierendenschaft alle in der Universität eingeschriebenen Studierenden zu verstehen sind, ist es fraglich, inwieweit das Studierendenparlament in den Entscheidungsfreiheiten der Studierenden eingreifen darf.

TOP9: Antrag „Finanzielle Förderung von Exkursionsleistungen“

Antragsteller*innen	Gina Gransee und Josephine Winkler
Antragstext	<p>Die Vollversammlung der Studierendenschaft möge beschließen: Wir, die Studierenden, sind - je nach Fachrichtung - dazu verpflichtet in unserem Studium Exkursionsleistungen zu erbringen. Die Kosten dafür müssen in den meisten Fällen selbst getragen werden, und werden selten bis gar nicht erstattet. Der AstA wird deswegen beauftragt zu überprüfen, inwieweit eine finanzielle Unterstützung von verpflichtenden Exkursionsleistungen durch die Universität (oder die jeweiligen zuständigen Institute) erfolgen könnte.</p> <p>Sollte eine finanzielle Förderung nicht möglich sein, fordern wir Exkursionstage durch Ersatzleistungen zu erhalten. Das heißt zum Beispiel wie in Zeiten der Coronapandemie Exkursionstage durch Seminarleistungen zu erbringen oder ähnliche flexible Lösungsoptionen zu finden.</p>
Begründung	<p>Die Exkursionen stellen einen zentralen Teil des Studiums vieler Fachrichtungen der Universität dar. Je nach angestrebtem Abschluss umfasst das eine unterschiedliche Anzahl an Tagen. Exkursionen sind immer schnell voll und werden meistens erst kurzfristig bekannt gegeben.</p> <p>Exkursionen, die mehrere 100€ kosten, gehen weit über das hinaus, was Studierende selbst finanzieren können. Die Inflation und die mangelnde Unterstützung der Studierenden trifft die meisten. Viele Studierende müssen somit für die Teilnahme an einer Exkursion länger sparen, da das Geld oft vorgestreckt werden muss. Oftmals ist es dann aber schon zu spät, da die Teilnehmer*innenlisten dann schon voll sind.</p> <p>Bspw. Kostete die Baltikumsexkursion des Fachbereiches Geografie im SoSe22 etwas mehr als 1100€. Zwar bekamen die Teilnehmer*innen nach mehreren Monaten ca. 800€ zurück, mussten das Geld aber trotzdem vorab zahlen. Das war nicht für alle Studierenden tragbar. Damit werden Studierende mit geringen finanziellen Möglichkeiten von der Teilnahme ausgeschlossen und in der Durchführung des Studiums stark eingeschränkt.</p>

TOP10: Antrag „Chancengleichheit für alle Sportler*innen!“

Antragsteller*innen	Lukas Voigt, Sophie Tieding, Emil Oberbach, Marie Kamischke, Hannes Thoms, Annabel Bustorf
Antragstext	Die Vollversammlung der Studierendenschaft möge beschließen: Die pro Semester zu vergebenen Plätze für Sportkurse des Hochschulsports sollen ab dem Wintersemester 2023/24 durch ein Losverfahren vergeben werden. Des Weiteren wird eine Erweiterung der Kurskapazitäten durch den Hochschulsport gefordert.
Begründung	Jedes Semester bietet der Hochschulsport der Uni Greifswald diverse Sportkurse für Studierende an. Dabei sind die Teilnahmekapazitäten oft sehr gering und die Nachfrage sehr groß. Das führt dazu, dass Studierende darauf hoffen müssen, zum Beginn der Anmeldefrist (gewöhnlich um 18 Uhr) nach dem Prinzip „wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ eine Kursteilnahme zu ergattern. Bereits wenige Minuten nach dem Beginn des Anmeldezeitraumes sind so die meisten Kurse ausgebucht. Diese Praxis ist aus Sicht der Antragsstellenden unfair und gefährdet die Chancengleichheit aller Studierenden auf ein kostengünstiges Sportangebot durch die Universität. Zum einen benachteiligt die Praxis Studierende mit Kind oder anderen care-Aufgaben, die nicht problemlos um 18 Uhr an mobilen Endgeräten verweilen können. Zum anderen benachteiligt die Praxis Studierende mit einer schlechteren technischen Ausstattung. Um allen Studierenden die gleiche Chance auf eine Teilnahme an Kursen des Hochschulsports zu ermöglichen, soll das Prinzip „wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ durch ein faires Losverfahren ersetzt werden. Darüber hinaus fordern die Antragsstellenden eine Erweiterung der Kapazitäten der beliebten Sportkurse durch den Hochschulsport, um bestenfalls allen studentischen Sportinteressierten ein Sportangebot neben dem Studium zu ermöglichen.

TOP11: Antrag „Arbeitsgruppe biologische Station Hiddensee“

Antragsteller*innen Adelgard Ruhm

Antragstext Die Vollversammlung der Studierendenschaft möge beschließen:
eine Arbeitsgruppe zur Konzepterstellung für die Nutzung der biologischen Station der Universität Greifswald auf Hiddensee ins Leben zu rufen.

Begründung Die BSH bietet die Möglichkeit interdisziplinär genutzt zu werden. Es gibt Labore mit Ausstattung, einen Seminarraum und Übernachtungsmöglichkeiten. Jedoch ist vielen ihre Existenz bisher unbekannt – eher versteckt über die Website zu finden -. Da würde sich eine Arbeitsgruppe aus Studierenden und Interessierten anbieten, die ein nachhaltiges Nutzungskonzept erstellen.

Zum Beispiel:

- Tag der offenen Station
- Sportkurse
- Workshops
- Projekte
- Seminare
- Teambuilding
- Ausflüge mit dem Uni-Kindergarten u.v.m.

Es wäre schade, wenn dieser ausseruniversitäre Ort weiterhin in Unbekanntheit versinkt und hinter seinen vielseitigen Möglichkeiten bleibt

TOP12: Antrag „Flexibles Lernen ermöglichen“

Antragsteller*innen Lukas Voigt, Sophie Tieding, Emil Oberbach, Marie Kamischke, Enno Krüger, Annabel Bustorf

Antragstext Die Studierendenschaft der Universität Greifswald fordert die studentischen Senator*innen, das AStA-Referat für Studium, Lehre und Lehrer*innenbildung sowie den Vorsitz des AStA dazu auf, sich für eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Bibliotheksstandorte während der Prüfungsphase einzusetzen. Die Öffnungszeiten sollen an das Vorkrisen-Niveau (8:00-24:00) für den Prüfungszeitraum angepasst werden.

Begründung In den vergangenen Monaten und Jahren haben sich die Öffnungszeiten der Bibliothek stark reduziert. Grund dafür waren unter anderem starke Einsparvorgaben aufgrund landesweiter Kürzungen der universitären Gelder durch das Wissenschaftsministerium. Zusätzlich war auch die Universitätsbibliothek dazu gezwungen, während der Inflations- und Energiekrise im vergangenen Winter Strom und Wärme einzusparen. Dass krisenbedingte Kürzungen in erster Linie auf den Kosten der Studierenden eingespart werden, ist aus Sicht der Antragsstellenden nicht hinnehmbar!

Die derzeitige Auslastung der Universitätsbibliotheken durch Studierende zeigt, wie wichtig die Lernräume der Universitätsbibliothek für die Studierendenschaft sind. Sie bieten allen Studierenden gleichermaßen die Chance auf perfekte Lernbedingungen, sei es durch eine stabile Internetverbindung, einen gut ausgestatteten Arbeitsplatz in Ruhe oder guter Literaturversorgung. Die verkürzten Öffnungszeiten gefährden diese gleichen Chancen. Besonders während der Prüfungsphase sind die Bibliotheksstandorte maximal ausgelastet, sodass viele Studierende keinen Platz zum Lernen bekommen. Durch die verkürzten Öffnungszeiten werden die klassischen Stoßzeiten noch künstlich verstärkt. Die Antragsstellenden sind sich den finanziellen Zwängen der Bibliotheksleitung durch Einsparvorgaben bewusst. Und dennoch halten wir diesen Zustand für nicht hinnehmbar! Folglich möchten wir zumindest in einem ersten Schritt die angespannte Situation während der Prüfungsphase durch Öffnungszeiten aus dem Vorkrisen- Niveau (8:00-24:00) entschärfen.

TOP13: Antrag „Leere Seminarräume nutzen – Gruppenarbeiten fördern“

Antragsteller*innen Jonathan Pritzlaff, Pauline Altendorf, Henriette Held

Antragstext Die Vollversammlung möge beschließen:
dass die Universitätsverwaltung aufgefordert wird, eine pragmatisch-unkomplizierte Vorgehensweise für die edukative Nutzung leerer Seminarräume durch Studierende zu ermöglichen. Hierbei sind unter anderem, aber nicht ausschließlich, folgende Möglichkeiten zu erwägen:

- eine grundsätzliche Nicht-Verschließung der Seminarräume im Zeitraum von 8 bis 20 Uhr an Werktagen;
- eine Einbeziehung der Studierenden in die Plattform der Raumplanung, um leere Räume buchen zu können – der Zugang zur Plattform kann ggf. auch auf Antrag interessierter Studierender eingerichtet werden;
- die Einrichtung einer Anlaufstelle, bei welcher Studierende leere Seminarräume anfragen können.

Begründung Die Möglichkeiten für Gruppenarbeiten für Studierende sind sowohl in der Universität Greifswald als auch in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald absolut unzureichend. Die Anzahl an Carrels für Gruppenarbeiten steht in einem unproportionalen Verhältnis zur Größe der Studierendenschaft der Universität Greifswald – zu Ungunsten der Letztgenannten. Gleichzeitig sind die Seminarräume, insb. in den lernintensiven späten Nachmittags- und Abendstunden, häufig nicht vollständig durch Lehrveranstaltungen ausgelastet. Die Zurverfügungstellung dieser ungenutzten Raumkapazitäten für Lerngruppen kann beiden Umständen entgegenwirken und bildet eine kurzfristig mögliche und kostengünstige Möglichkeit, die unzureichende Situation in Bezug auf Gruppenlernräume zu lösen.

TOP14: Antrag „Sonnenschirme vor der Mensa“

Antragsteller*innen Pauline Altendorf, Erik Wendlandt, Jonathan Pritzlaff, Henriette Held

Antragstext Die Vollversammlung der Studierendenschaft spricht sich dafür aus, dass bei den Sitzgelegenheiten vor der Mensa Lohmeyerplatz Sonnenschirme aufgestellt werden.

Begründung In den Sommermonaten ist es besonders um die Mittagszeit sehr heiß und sonnig vor der Mensa. Es scheinen bereits Vorrichtungen für Schirme vorhanden zu sein, weshalb diese zu nutzen nur angebracht erscheint. Mensaessen oder einen Kaffee genießen zu können, ohne dabei Angst haben zu müssen, sich einen Sonnenbrand zu holen oder vor Hitze zu schmelzen, sollte selbstverständlich sein. Deshalb wünschen wir uns, dass vor der Mensa zwei Sonnenschirme aufgestellt werden.

TOP15: Antrag: „Ausweitung des Angebots veganer Mahlzeiten in Mensen“

Antragsteller*innen	Emil Oberbach, Marie Kamischke, Sina Kreißig, Alina Richter, Lukas Meyer, Jakob Schäfer, Tim Taylor Kirchner, Lisa Loll, Annika Stumm, Luca Scholz, Vanessa Cramer
Antragstext	<p>Die Vollversammlung der Studierendenschaft möge beschließen: Die Studierendenschaft spricht sich dafür aus, vegane Essensangebote in Mensen und Cafeterien des Studierendenwerkes auszubauen. In naher Zukunft soll dies durch die Einführung von 3 veganen Tagen pro Woche erreicht werden. Langfristig gesehen soll das Ziel in einer vollständigen Umstellung des Essenangebots auf vegane Mahlzeiten bestehen. Hierfür sollen sich Mitglieder des Mensaausschuss sowie das AStA-Referat für Ökologie mit Vertreter*innen des Studierendenwerkes treffen und mögliche Umsetzungen erarbeiten. Diese sollen dem Studierendenparlament vorgestellt werden.</p>
Begründung	<p>Im Kampf gegen die Klimakrise ist es von Bedeutung, Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandel möglichst vielfältig anzusteuern. Hierzu zählt beispielsweise eine Umstrukturierung des Industrie-, Verkehrs- und Energiesektors. Zusätzlich muss in der Landwirtschaft in Zusammenhang mit der Ernährung ein Umdenken erfolgen. So schreibt beispielsweise das Umweltbundesamt: „Die Landwirtschaft in Deutschland trägt maßgeblich zur Emission klimaschädlicher Gase bei. Dafür verantwortlich sind vor allem Methan-Emissionen aus der Tierhaltung (Fermentation und Wirtschaftsdüngermanagement von Gülle und Festmist) sowie Lachgas-Emissionen aus landwirtschaftlich genutzten Böden als Folge der Stickstoffdüngung (mineralisch und organisch).“ Die Landwirtschaft war im Jahr 2022 für geschätzte 7,4 % der deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich. 69,5 % davon sind allein auf die direkte Tierhaltung zurückzuführen. Darüber hinaus werden ca. 60 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche zur Futterproduktion für Nutztiere beansprucht. Damit zeigen sich Fleischproduktion und Fleischkonsum als zentrale Treiber der Klima- und Umweltkrise.</p> <p>Die Studierendenschaft der Universität Greifswald ist gemäß ihrer Satzung dazu verpflichtet, ökologische Belange zu fördern. Weniger Fleischangebote in den Mensen und Cafeterien bedeuten einen Rückgang von Treibhausgasemissionen, Flächenverbrauch, Futtermittelmonokulturen und Tierleid. Schon im letzten Jahr bekannte sich die Studierendenschaft für ein verstärktes Angebot von veganem Essen in Mensen und Cafeterien. Diesem Sachverhalt müssen nun Taten folgen.</p>

TOP16: Antrag „Mehr Auswahl für die veganen Gerichte der Mensa“

Antragsteller*innen Pauline Altendorf, Jonathan Pritzlaff, Henriette Held

Antragstext Die Vollversammlung der Studierendenschaft spricht sich dafür aus, dass die veganen Gerichte in den Mensen vielfältiger werden.

Begründung Dass sich das Mensaessen in mehr oder weniger kurzen Abständen immer wieder wiederholt, ist keine Neuigkeit. Oft besteht die vegane Alternative der Mensa aus einem Patty, Reis und Tomatensoße. Wir wünschen uns mehr Vielfalt im Mensaessen, besonders in den pflanzlichen Alternativen. Vegane Würstchen, Burger und Burritos wären Beispiele. Wenn die Gerichte der Mensa bis 2025 komplett pflanzlich sein sollen, muss schon jetzt an einer größeren Vielfalt gearbeitet werden.

TOP17: Antrag „Vegane Snacks für die Grundversorgung“

Antragsteller*innen Jonathan Pritzlaff, Pauline Altendorf, Henriette Held, Erik Wendlandt

Antragstext Die Vollversammlung möge beschließen:
dass die Universitätsverwaltung aufgefordert wird, die Unternehmen, welche für die Befüllung der auf dem Universitätsgelände befindlichen Snackautomaten zuständig sind, damit zu beauftragen, dass alle Snackautomaten auch eine Versorgung mit veganen Imbissen sicherstellen. Hierbei soll darauf geachtet werden, dass mindestens ein süßer und ein herzhafter veganer Snack zur Auswahl steht.

Begründung Zurzeit haben vegan lebende Menschen keine Gewähr, bspw. in der Bereichsbibliothek auf für sie verzehrbare Imbisse zugreifen zu können. Vor dem Hintergrund, dass zum einen eine wachsende Anzahl von Studierenden vegan lebt bzw. leben möchte, und zum anderen teilweise eine Doppelbelegung unpopulärer Imbisse in den Automaten gegeben ist, kann dieser Zustand nicht mehr begründet werden. Um vegan lebenden Menschen insb. in Lernphasen auch zu später Stunde Verzehrmöglichkeiten zu bieten, ist eine Erweiterung des Sortiments sinnvoll. Eine Benachteiligung nicht-vegan lebender Menschen soll hiermit ausdrücklich nicht befördert werden.

TOP18: Antrag „Ein kleiner Schritt für einen Kaffeeautomaten, ein großer Schritt für die Studierendenschaft“

Antragsteller*innen Jonathan Pritzlaff, Pauline Altendorf, Henriette Held

Antragstext Die Vollversammlung möge beschließen:
die Universitätsverwaltung zu bitten, dass der öffentliche Kaffee- und Suppenautomat im Hörsaalgebäude der Ernst-Lohmeyer-Platzes in den Eingangsbereich der Bereichsbibliothek verschoben wird. Alternativ ist zu erbeten, dass das benannte Hörsaalgebäude auch an Wochenenden selbe Öffnungszeiten hat wie an Werktagen.

Begründung Das Hörsaalgebäude ist an Wochenenden nicht unbeschränkt zugänglich, während die Bereichsbibliothek insbesondere in Prüfungsphasen täglich von Studierenden hochfrequentiert genutzt wird. Eine Versorgung der lernenden Studierenden mit Heißgetränken, Suppen und Desserts ist jedoch nicht zuletzt aufgrund des eingeschränkten gastronomischen Angebotes der Innenstadt an Wochenenden unzufriedenstellend. Eine Umsetzung des Antrages ist nun in Krisenzeiten eine kostengünstige Möglichkeit, diesem Umstand kostengünstig entgegenzuwirken.

TOP19: Antrag „Verkürzung der Prüfungsrücktrittsfristen für schriftliche sowie mündlichen Prüfungen und Hausarbeiten“

Antragsteller*innen Yannik Mehl

Antragstext Ich, der Antragssteller möchte die Vollversammlung, den AstA der Universität Greifswald sowie die studentischen Mitglieder des Senats darum bitten, sich für die Verkürzung der der Prüfungsrücktrittsfrist von 10 Tagen auf einen Tag auszusprechen.

Begründung Die Prüfungsrücktrittsfrist ist nicht zumutbar, da den Studierenden der Flexibilität für die Prüfungsvorbereitung genommen wird. Die Prüfungstermine folgen häufig in kurzer hintereinander. Die Studenten konzentrieren in der Prüfungsvorbereitung auf die erste Prüfung und fangen anschließend mit der Vorbereitung für die nächste Prüfung an. Oft handelt es nur um wenige Tage, anstatt Wochen. Es ist nicht voraussehbar, ob die Studierende ihr Lernziel, welches für das Bestehen der Prüfung nötig ist, erreichen. Im schlimmsten Fall ist die Konsequenz eines unbeabsichtigten Fehlversuch. Dies kann verhindert werden, wenn die Studierenden die Möglichkeit haben, von der Prüfung noch einen Tag von der Prüfung zurücktreten können. So können die Studierende unnötig Fehlversuche auf Grund von unflexibler Prüfungsvorbereitung vermeiden.

TOP20: Sonstiges

Hier könnt ihr loswerden, was ihr sonst noch auf dem Herzen habt. Dann sagen sich alle Auf Wiedersehen.